

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Erscheint Werktags

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarvertriebsbezirk 2.15 M., in Württemberg 2.25 M., vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 8 Pfg., von auswärts 10 Pfg., die Wochenzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Jr. 14

Freitag, den 18. Januar 1918.

35. Jahrgang

Die Friedensverhandlungen.

Brest-Litowsk, 15. Jan. Um 5 Uhr nachmittags hielt die deutsch-österreichisch-ungarische-russische Kommission zur Beratung der Gebietsfragen ihre 4. Sitzung ab. Staatssekretär v. Kühlmann teilte mit, daß die verbündeten Regierungen zu dem Entschluß gekommen seien, die formellen Vorschläge der russischen Abordnung ihrerseits gleichfalls in formulierter Form mündlich zu beantworten. Er müsse aber nochmals darauf hinweisen, er halte die Art, daß die Bevollmächtigten gegenseitig mit formulierten Schriftstücken verhandeln, für außerordentlich zeitraubend und den Erfolg wenig fördernd. Wenn man wirklich zu einem friedlichen Abschluß gelangen wolle, so werde es sich in Zukunft empfehlen, das Material durchzusprechen und dann von jeder Seite je einen Herrn nur mit der Redaktion zu beauftragen. Hierauf gelangte die materielle Antwort der Verbündeten zur Verlesung. Die folgenden Wortlaut hat: Die der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation übermittelten Vorschläge der russischen Delegation betreffend die Entwicklung der Dinge in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten Russlands weichen dermaßen von den Ansichten der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet werden müssen. Die Vorschläge tragen nicht den Charakter des von den Mittelmächten angestrebten Verständigung, sondern stellen eine einseitige russische Forderung dar, die den Wunsch vermissen läßt, die berechtigten Gründe der Gegenseite in Rechnung zu ziehen. Trotzdem sind die österreichisch-ungarische und die deutsche Abordnung bereit, nochmals und diesmal formuliert ihre Anschauungen klar zum Ausdruck zu bringen und noch einen Versuch zu unternehmen, ob die Verständigung Aussicht auf Verwirklichung hat. Ueber einen Teil des von den Verbündeten besetzten Gebietes ist in Ziffer I des deutschen Entwurfs gehandelt worden, er bedarf also keiner weiteren Erörterung. Die Frage nach den zurzeit von den Verbündeten besetzten Gebieten, die ein eigenes staatliches Leben besitzen, wäre rein zeitlich in 4 Stadien zu gliedern: Den Zeitpunkt zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und der Beendigung der russischen Abrüstung, den Zeitpunkt zwischen dem russischen und dem allgemeinen Frieden, den Zeitpunkt des Übergangsstadiums für die neuen Völker und endlich das endgültige Stadium, in dem die neuen Staaten die volle Gestaltung ihrer staatlichen Organisation durch-

Es muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß für die Mittelmächte — abweichend von dem, was für Rußland der Fall ist — mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland keineswegs auch der allgemeine Frieden verbunden ist, daß sie vielmehr gezwungen sind, mit den andern Gegnern den Krieg weiter zu führen. Gegenüber der russischen Regierung erklären die verbündeten Abordnungen aufs neue, daß sie der Anschauung sind, die verfassungsmäßig zuständigen Organe in den neuen Staatsgebilden vorläufig als vollkommen besetzt anzusehen, den Willen weiter Kreise der Bevölkerung auszudehnen. Die verbündeten Abordnungen nehmen Akt von der Erklärung, daß die russische Regierung aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Reich des früheren russischen Kaiserreiches keine Schlüsse zieht, die irgend welche tatsächliche Verpflichtungen der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferlegen würden, und daß die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, die Grenzen, die „durch Gewalttaten und Verbrechen gegen die Völker gebildet“ wurden, insbesondere gegen das polnische Volk, zusammen mit dem Jazismus verschwinden sind, ebenso davon, daß für die russische Regierung deswegen die Grundaufgabe der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin besteht, uns gegenüber das Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der Willensfreiheit und Selbstbestimmung der inneren Staatseinrichtung und der internationalen Lage.

Zu diesem Zusammenhang war die Frage aufzuwerfen, aus welchem Rechtsverhältnis die gegenwärtige russische Regierung ihre Berechtigung und Verpflichtung ableitet, für die Sicherheit der Willensfreiheit und Selbstbestimmung dieser Gebiete zu

zum äußersten, das heißt unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges einzutreten.

München, 16. Jan. Nach Verhandlung mit der Reichsleitung wird an den Friedensverhandlungen mit Rußland auch ein bayerischer Vertreter teilnehmen und vom Reichskanzler seine Anweisungen erhalten. Als bayerischer Vertreter ist mit Genehmigung des Königs der Staatsminister Dr. Graf Bodewils bestimmt. (Graf Bodewils war bis 1911 bayerischer Ministerpräsident.)

Brest-Litowsk, 15. Jan. Staatssekretär v. Kühlmann führt in der Beantwortung der vier von der Russen schriftlich vorgelegten Punkte weiter aus:

Zu Punkt 1: Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht stehe Nationen, nicht auf Teilen von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung des Selbstbestimmungsrechts. Rußland mit Polen bilden auch geschichtlich angesehene Einheiten. Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuverleiben. Sie beabsichtigen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen dieser Art freie Hand behalten.

Zu Punkt 2: Was die Ausführungen hierzu betrifft, so gehen sie an dem grundlegenden Unterschied vorbei, auf den die verbündeten Abordnungen immer wieder hingewiesen haben. Eine Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich. Jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls die militärischen Umstände es gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig ist. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden. Was die Rückkehr der Flüchtlinge in die während des Krieges evakuierten Gebiete anbelangt, so wird eine wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugelegt.

Zu Punkt 3: Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug. Es ist aber ohne weiteres anzunehmen, daß mit der fortschreitenden Annäherung eines allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfang die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu Punkt 4: Die verbündeten Abordnungen sind grundsätzlich bereit, zuzustimmen, daß eine Volksabstimmung auf breiter Grundlage die Bestätigung über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete genehmigen soll. Eine einseitige Festlegung auf eine Bestimmung erscheint unpraktisch. Es ist darauf hingewiesen worden, daß auch die von der Regierung der Volkskommissare anerkannten Staatsabteilungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches, wie z. B. die Ukraine und Finnland, nicht im Wege einer Abstimmung, sondern durch Beschlüsse von auf breiter Grundlage gewählten nationalen Versammlungen erfolgen.

Diese weitgehenden Vorschläge bilden den äußersten Rahmen, innerhalb dessen eine friedliche Verständigung noch zu erhoffen ist.

Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese schwierige Frage ist jedoch nur dann möglich, wenn auch Rußland den ernstesten Willen zeigt, zu einer Vereinbarung zu gelangen, und wenn es ansieht des Versuches, einseitige Schritte aufzustellen, sich berätigt, die Frage auch von der Gegenseite aus zu betrachten.

Hierauf erklärte Trotski, er hoffe, daß die eben verlesene Antwort der Mittelmächte die Zweifel über die formellen Schwierigkeiten beseitigt habe, die durch die Rede des Generals Hoffmann entstanden seien. Die russische Abordnung sei der Ansicht, daß sie im vorliegenden Falle die Verhandlungen mit einer Partei führe, die verkörpert werde durch die deutsche Regierung. Wenn General Hoffmann darauf hingewiesen habe, daß die russische Regierung sich auf ihre Verantwortung begründe und rät Gewalt vorgehe gegen Andenkende, die sie als Gegenrevolutionäre und Bourgeoisie stempeln müsse, alle Dinge bemerkt werden, daß auch die russische Regierung auf der Macht fuße. In der ganzen Geschichte könne man bisher keine anderen Revolutionen. Er müsse aber gegen die Behauptung protestieren, daß die russische Regierung sich auf die Verantwortung

denkenden für vogelfrei erkläre. Er und sein Freunde hätten, als die rumänische Regierung versuchte, auf russischem Gebiet Gewaltmaßnahmen gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, von der Petersburger Regierung vorgeschlagen, der rumänischen Gesandten, sein ganzes Gesandtschaftspersonal und die rumänische Mission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei. Der weißrussische Kongress lege sich zusammen aus Vertretern der weißrussischen Agrarier und hätte versucht, sich eines derjenigen Stützpunkte zu bemächtigen, die Eigentum des weißrussischen Volkes sein müssen. Der Konflikt zwischen den Bolschewiki und der Ukraine, der noch nicht völlig beigelegt ist, könne in keiner Weise das Recht der Ukraine auf Selbstbestimmung beschränken. Der Vorsitzende der deutschen Abordnung habe gefragt, aus welchen Quellen die russische Abordnung die Berechtigung herleite, sich für das Schicksal des besetzten Landes zu interessieren. Aber auch der Staatssekretär habe sein Recht nicht aus der nackten Tatsache hergeleitet, sondern aus dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Staatssekretär v. Kühlmann erwiderte: Was die Rede des General Hoffmann betrifft, möchte ich sowohl für mich als für General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Vorredner vollkommen richtig charakterisiert. Der Reichskanzler, der einzige verantwortliche Reichsminister, erteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen. Uebrigens ist es bei der engen politischen Uebereinstimmung, in der ich mich mit General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß zwischen unseren Auffassungen keinerlei Zwiespalt besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Abordnung ist der, daß wir im Gegensatz zu ihr auf der Vorhandenen aufbauen und daß wir es ablehnen, an reiner Liebesdienerei gegen die Theorie eines luftleeren Raums zu schaffen. Ich schlage vor, um an die breitere, von der russischen Abordnung vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten und über die vier Punkte, wie sie in unsere Antwort aufgenommen sind nun wirklich in die Einzelerörterungen einzutreten. Nach einigen Einwendungen stimmt Trotski bei. Die nächste Sitzung wird für den folgenden Tag, 11 Uhr vormittags, anberaumt.

Brest-Litowsk, 16. Jan.

Amlich. Im Laufe des heutigen Vormittags versammelten sich die Abordnungen der vier verbündeten Mächte zu einer vertraulichen Besprechung. Staatssekretär v. Kühlmann gab Auskunft über den Stand der mit der russischen Vertretung in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und Gebietsfragen. Die verbündeten Mächte brachten ihre Zustimmung zum Ausdruck.

Infolge Unwohlseins des Grafen Czernin fand eine vertrauliche Besprechung mit den ukrainischen Bevollmächtigten in der Privatwohnung des Ministers statt. Die 1 1/2 Stunden lange Unterredung, an der auch die deutsche Abordnung teilnahm, führte zur Herstellung eines grundsätzlichen Einverständnisses über die die künftige Gestaltung der politischen Verhältnisse zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen.

Brest-Litowsk, 17. Jan.

Am 15. ds. Mts. haben zwei weitere Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen stattgefunden, in denen in die Besprechung der vier vorgeschlagenen Punkte unter Zurückstellung von Punkt 1 (Gebietsfrage) einzutreten wurde.

Der Vorsitzende der russischen Abordnung verlangte die Zurückziehung von Vertretern der besetzten Gebiete, damit sie Gelegenheit hätten, ihre russischerseits Bestrittenen Rechte, bzw. ihr Anrecht auf die Vertretung ihrer Völker vor der ganzen Welt nachweisen zu können.

Staatssekretär v. Kühlmann gab erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, jedoch unter der Voraussetzung, daß das Erscheinen dieser Vertreter in Brest-Litowsk auf von der russischen Abordnung dahin aufgeklärt werde, daß die Zurückziehung dieser Gebiete durch die Ru-

lassung ihrer Abgeordneten auch russischerseits wenigstens präsumtiv anerkannt werde. Entweder: die Herren kommen nach Bresch-Bitowsk als Sprecher und Vertreter ihrer Völker, und dann müsse zwischen den verhandelnden Parteien Übereinstimmung darüber bestehen, daß diese Volkspersönlichkeit wenigstens präsumtiv entstanden ist, oder aber sie kommen als Privatleute und hätten dann bei dieser Besprechung nichts zu tun.

Troßki ging darauf nicht ein. Staatssekretär v. Kählmann stellte fest, daß die abweichenden Ansichten über die Frage, welche Bedeutung den Beschlüssen der in den besetzten Gebieten bestehenden Vertretungskörper zukomme, sich auch durch eingehende Besprechung auf einer Mittelstufe nicht hätten vereinigen lassen. Dies müsse an sich nicht notwendigerweise zum Scheitern der Verhandlungen führen, da ja die verbündeten Abordnungen sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt hätten, eine befriedigende Volkstanzgebung auf breiter Basis in Aussicht zu nehmen.

Bei Erörterung des von Staatssekretär v. Kählmann gemachten Vorschlags, für die Vornahme der entscheidenden Abstimmung in den besetzten Gebieten den Zeitraum zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und spätestens einem Jahr nach dem allgemeinen Friedensschluß anzusetzen, schritt Troßki die Räumungsfrage an. Das Schicksal der betroffenen Gebiete dürfe nicht an den Verlauf des Krieges geknüpft werden. Durch die Wiederherstellung des friedlichen Verkehrs zwischen den beiden Parteien werde die Fortsetzung des Krieges auf anderen Fronten nicht ausgeschlossen, aber die Regelung der Geschichte der jetzt besetzten Gebiete müsse in Zusammenhang gebracht werden mit dem Friedensschluß an der Ostfront.

Staatssekretär v. Kählmann wies demgegenüber darauf hin, es liege schon ein großes Entgegenkommen darin, daß die Verbündeten sich bereit erklärt hätten, die unter Artikel I der deutsch-österreichisch-ungarischen Formulierung fallenden Gebiete bereits nach Abschluß der russischen Abstraktion ohne Rücksicht auf den Fortgang des Weltkrieges zu räumen. Ein weiteres Entgegenkommen halte er nicht für ausgeschlossen, falls man in den anderen Punkten zu einer Übereinstimmung gelange. Da jedoch die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines Wiederaufkommens des Kampfes an der Ostfront bei Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten jedenfalls erheblich größer sei als nach Abschluß eines allgemeinen Friedens, so müsse er es als ausgeschlossen bezeichnen, für die Räumung der betr. Gebiete einen Zeitpunkt ins Auge zu fassen, der nicht mit dem Abschluß des allgemeinen Friedens rechte.

Die Sitzung wurde auf Nachmittag 5 Uhr vertagt. In der Nachmittags-Sitzung sollte der Vorsitzende Staatssekretär v. Kählmann mit Bedauern fest, daß auf der deutschen Seite keinerlei Genügsamkeit bestünde, auf die deutscherseits gemachten Darlegungen einzugehen. Darauf ging man zu dem weiteren Punkt über: die politische Voraussetzung, unter denen die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes erfolgen soll. Die verbündeten Abordnungen sind von der aufrichtigen Absicht geleitet, für die Abstimmung bzw. Wahl das höchstmögliche Maß von politischer Freiheit sicherzustellen. Das ist zum großen Teil keine militärische Frage. Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des wirtschaftlichen Betriebs des Landes notwendig. Wir geben die Zusicherung, daß diese Streitkräfte keinen politischen Druck ausüben werden; sie werden die freie Abstimmung in keiner Weise beeinträchtigen.

Troßki erklärte, er müsse sich über die Räumungsfrage vollkommene Klarheit verschaffen.

Staatssekretär v. Kählmann antwortete, er glaube durch die Erörterung vom Morgen sei die Frage des Zeitpunktes genügend geklärt. Er habe aber nichts dagegen, wenn Troßki das Thema weiter erörtere. Er könne keine Gewähr dafür übernehmen, daß innerhalb des Zeitraums, der für die Abstimmung praktisch in Frage komme, militärische Erregungen eine vollkommene Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen würden. Das Mindestprogramm der Verbündeten sei in sorgfältiger Berücksichtigung der militärischen Notwendigkeiten aufgestellt. Es werde sich darum handeln, ob nach Ansicht Troßkis innerhalb des von den Verbündeten dargelegten Rahmens eine Abstimmung oder Wahl möglich sei, das heißt, ob bei der Gegenwart dieser, militärisch organisierten Kräfte die Abstimmungs- oder Wahlmöglichkeit als frei von militärischem Druck betrachtet werden könne oder nicht.

Troßki erklärte, er könne jetzt diese Frage nicht beantworten. Die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte würde nach russischer Ansicht der Abstimmung schweren Eintrag tun. Im Zusammenhang mit der Frage stehe die Rückkehr der Flüchtlinge und der Evakuierten in die besetzten Gebiete. Seiner Ansicht nach könne die Abstimmung erst stattfinden, wenn viele in ihrer Mehrzahl in ihre Heimat zurückgekehrt seien.

Staatssekretär v. Kählmann gab zu, daß grundsätzlich Flüchtlinge berechnigt sein sollten, in ihre Heimat zurückzukehren. Es sei aber eine Aufgabe der Verwaltungsbeförde, ob und welche Ausnahmen zu statuieren seien. Er bitte, ihm das der russischen Regierung hierüber vorliegende Material zugehen zu lassen, wozu Troßki sich bereit erklärte.

Die Sitzung wurde darauf geschlossen.

Die Friedensentschließung des Herrenhauses.

Berlin, 17. Jan. Dem Herrenhaus ist folgender Antrag des Grafen v. Behr-Behrenhoff, des Grafen v. Kappelerling-Kenstadt und Dr. Grafen v. Wartenberg zugegangen: Das Herrenhaus wolle beschließen: Das Herrenhaus spricht die Zusage aus, daß die künftige Staatsregierung auf einen Frieden hinwirken wird, bei dessen Abschluß dem deutschen Kaiser die im Artikel 11 der Reichsverfassung

vorbehaltenen Rechte voll und ganz gewahrt werden. Dieser Frieden muß den gebrachten Opfern und Verdiensten der militärischen Sicherung und den politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht werden. In der dem Antrag beigegebenen Begründung heißt es: Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat die Frage aufgeworfen, in wessen Namen die deutschen Unterhändler in Bresch-Bitowsk Erklärungen abgeben, ob im Namen der Reichstagsmehrheit oder im Namen der Militärpartei. Demgegenüber ist zu betonen, daß das ausschließliche Recht, Krieg zu führen und Frieden zu schließen, verfassungsmäßig dem deutschen Kaiser zusteht. Dabei können nur deutsche Interessen maßgebend sein.

Der Weltkrieg.

W.B. Großes Hauptquartier, 16. Jan. (Ankl.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Seeeresgruppe Kronprinz Rupprecht:
und
Seeeresgruppe deutscher Kronprinz:

Bei und südlich von Lens war die Artillerieaktivität gesteigert. In einzelnen Wöchentlichen Erkundungsgeschäften; südlich von Ornes wurden Gefangene gemacht.

Seeeresgruppe Herzog Albrecht:

Nach mehrstündiger Feuerwirkung liefen französische Abteilungen nördlich von Vadonville vor und drängen vorübergehend in unsere vorderen Gräben ein. Eigene Aufklärungsgruppen brachten in den vorderen Bogesen Gefangene ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Nichts Neues.

Mazedonische Front:

Im Cernabogen erhöhte Geschützaktivität.

Stalientischer Kriegsschauplatz:

Zwischen Brenta und Piave vielfach lebhafter Feuerkampf, mit besonderer Heftigkeit im Gebiete des Monte Alfolone. Die Italiener haben ihre erfolglosen Angriffe nur südlich vom Monte Fontana Secca wiederholt; sie wurden abgewiesen.

In dem Piaveabschnitt nördlich vom Montello verstärkte sich das englische Artilleriefeuer.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Bei Lens im Artois fanden die beiderseitigen Artillerien in heftigem Feuerkampf. Die alte Grubenstadt ist in diesem Kriege schon heiß angetroffen worden und nach der englischen Offensive von Mitte Mai v. J. war der Feind bereits in die nördlichen und westlichen Vororte eingedrungen. Weiter kam er nicht, und heute noch scheint die eigentliche Stadt, oder was davon noch übrig ist, im Besitz der Deutschen zu sein, die die Ausdehnung der Gruben nicht dem begehrenden Feinde überlassen dürfen. Weiter entwickelten sich an der Westfront verschiedene örtliche Gefechte durch die fortgesetzte beiderseitige Luftkämpfe; bei Ornes (rechtes Maasufer) fielen bei einer solchen Gelegenheit wieder französische Gefangene in unsere Hand. Ein größerer, stark vorbereiteter Vorstoß führte bei Vadonville in französisch-Bohringen, südlich von Luneville, die Franzosen bis in unsere Bordenstellungen. Die Reserven vertrieben den Feind jedoch wieder aus unseren Gräben. Auch im oberen Bogesengebiet, also wohl in der Gegend von Thann, wurde gekämpft. Die Franzosen verloren dabei Gefangene an uns. — Im Brenta-Piavegebiet dauert der Artilleriekampf an, an dem sich auch die englische Artillerie, die in stark beteiligt. Ein italienischer Infanterieangriff bei Monte Fontana Secca (Berg der trockenen Quelle) wurde verlustreich abgeschlagen. Die italienischen Angriffe an der Höhenlinie der venetianischen Berge zwischen Brenta und Piave sind nur auf die Verteidigung durch Angriff eingestellt. Ob aber die starke Feueraktivität am Piave einen feindlichen Angriff vorbereiten, oder einen erwarteten Vorstoß der Deutschen abwehren soll, wird sich zeigen müssen.

W.B. Großes Hauptquartier, 17. Jan. (Ankl.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreicher Frontabschnitten Erkundungsgeschäfte. Nördlich von Paschendale, an der Scarpe, bei Bendshülle und St. Laurent wurden einige Engländer gefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Nichts Neues.

Mazedonische Front:

Im Cernabogen dauerte erhöhte Artillerieaktivität an.

Stalientischer Kriegsschauplatz:

Die Lage ist unverändert.

Bei ihren erfolglosen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen 12 Offiziere und mehr als 300 Mann eingebüßt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

An der West- und Südfront sind keine Veränderungen eingetreten. Ueber Ostafrika wird aus Lissabon gemeldet, daß in der portugiesischen Kolonie Mozambique 8 Deutsche Kompanien das Gebiet Malaria besetzt und dort eine stark besetzte Stellung angelegt haben. Die bei Duzula geschlagenen portugiesischen Truppen sollen sich mit den Engländern in Umango vereinigt haben. Der portugiesische Posten von Durio wurde von den Deutschen angegriffen, die bei Bez Unhua lagern und verlassene Punkte der Provinz Quelimane besetzt haben.

Eingeborene Truppen der Briten haben am Maurice ein Lager bezogen und eine Brücke über den Rio geschlagen.

Im Jahr 1917 haben die Feinde insgesamt 2647 Flugzeuge und 244 Ballone, die Deutschen 735 Flugzeuge und 34 Ballone verloren.

Der Krieg mit Italien.

Der italienische Bericht.

W.B. Rom, 17. Jan. Amtlicher Bericht vom 15. Jan.: In der Gegend von Monte Alfolone entfaltete sich der Kampf gestern nachmittags von neuem. Unsere Truppen, durch Artillerie wirksam unterstützt, rührten mit großer Tapferkeit vor. Wir nahmen 8 Offiziere, darunter einen Oberleutnant, und 23 Mann gefangen. Im Osten von Capoville erweiterten wir die Brückenköpfe, wobei wir dem Feind einige Gräben entzogen. 2 Offiziere, 43 Mann, wurden gefangen genommen, 2 Grabenarbeiter, einige Nachrichtenbrücken zerstört. Durch unsere Feuertaube nördlich vom Monte Alfolone, bei Taja, im 2. und 3. Stadio und Monte Goppa vier feindliche Flugzeuge abgeschossen. Ein feindliches Flugzeug wurde bei Danalle, zwei weitere Flugzeuge wurden bei Capoville östlich Conegliano durch englische Flieger zum Abbruch gebracht.

Der Krieg zur See.

Berlin, 16. Jan. Im Mittelmeer sind ein englischer Zerstörer und 24 600 BRT. Handelschiffsrumpf versenkt worden.

Von der Versenkung des Zerstörers vor Merantria, der mit anderen einen Truppentransport nach Palästina zu sichern hatte, hat die englische Admiralität bereits Kenntnis gegeben. Unter den vernichteten Handelsfahrzeugen befand sich auch ein großer Truppentransportdampfer, der mit weißen Engländern dicht besetzt war. Beide Schiffe wurden von dem Tauchboot des Oberleutnants zur See Obermüller versenkt. Aus England wird gemeldet, daß die englische Admiralität wegen der zunehmenden Tauchbootgefahr einen Teil ihrer Transporte nach Mesopotamien und Palästina nicht mehr durch das Mittelmeer, sondern westwärts über das Atlantische, Stille und Indische Meer leite.

Berlin, 17. Jan. Im nördlichen Sperrgebiet wurden 21 000 BRT. versenkt.

Am 14. und 15. Januar unternahm leichte deutsche Streikräfte einen Streifzug durch die südl. Nordsee. Sie trafen weder feindliche Kriegsschiffe, noch Handelsfahrzeuge an, trotzdem sie nördlich der Themsemündung dicht unter die englische Küste vorstießen. Dort nahmen sie wichtige Auflosen auf nächste Entfernung bei guter Beobachtung mit über 300 Schuß unter wirksamem Feuer.

Amsterdam, 16. Jan. Die Niederländische Telegraphenagentur meldet aus Rotterdam, daß der Dampfer „Wesolde“ 15 Meilen nordwestlich von Scheveningen gesunken sei. Man wisse nicht, ob das Schiff torpediert oder auf eine Mine gelassen ist. Von den 18 Mann der Besatzung sind 12, darunter 2 schwer, verwundet und in Scheveningen gelandet. Auch ein Toter wurde ins Land gebracht.

Neues vom See.

Zur Entsendung des Grafen Podewils.

Berlin, 17. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Der bevorstehenden Entsendung des H. Bayer. Staatsministers a. D. Dr. Grafen v. Podewils nach Bresch-Bitowsk liegt, wie wir hören, eine Vereinbarung zugrunde die im Anschluß an die Versailler Übereinkunft vom 23. Nov. 1870 zwischen Preußen und Bayern getroffen und von preussischer Seite am 14. Februar 1871 ratifiziert worden ist. Sie geht dahin, daß bei Friedensverträgen, die nach einem Bundeskrieg geschlossen werden, stets auch ein Bevollmächtigter des Königs von Bayern zugezogen werden soll, der sich an den Verhandlungen beteiligt und durch das Bundeskanzleramt, also durch den deutschen Reichskanzler, seine Instruktionen erhält.

Die Antwort des Reichskanzlers.

Berlin, 17. Jan. Die Rede des Reichskanzlers ist erst in nächster Woche zu erwarten, da greifbare Ergebnisse aus Bresch-Bitowsk nicht vorliegen.

Das Befinden Bayerns.

Stuttgart, 17. Jan. Die „Münchener Zeitung“ meldet: Der Zustand des Vizekanzlers von Bayern hat sich soweit gebessert, daß er voraussichtlich noch in diesem Monat seine Tätigkeit in Berlin aufnehmen kann.

Kein Memorenaufkauf in Preußen.

Berlin, 17. Jan. Für das Jahr 1918 wird das preussische Kriegsministerium den Ankauf von jungen dreijährigen Remonten wiederum ausfallen lassen.

Reichstagswahl.

Bamberg, 16. Jan. Die Stichwahl im 3. sächsischen Reichstagswahlkreis Bamberg-Kamenz ist auf den 26. Januar festgesetzt worden.

Der Fall Callaux.

Paris, 17. Jan. Clemenceau läßt (wie der „Voss. Ztg.“ berichtet wird) in der Presse verbreiten, das Telegramm des amerikanischen Staatssekretärs Lansing, das zur Verhaftung von Callaux führte, solle veröffentlicht werden.

Die Anerkennung Finnlands.

Bern, 17. Jan. Die Schweiz hat die unabhängige Republik Finnland anerkannt.

Skandinavische Königszusammenkunft.

Christiania, 17. Jan. „Aftenposten“ erzählt aus Stockholm, in nächster Zeit würde eine Zusammenkunft der skandinavischen Könige in Stockholm stattfinden.



Württemberg, 15. Jan. Graf Wilhelm von Bülow-Limpurg, der Jüngste des in Franken und Württemberg ansässigen, hanteberrlichen, aus Schlesien stammenden Geschlechts, Rittmeister a. D., Veteran von 1870/71, ist 74 Jahre alt unvermählt gestorben.

Gesandtenwechsel.

Paris, 15. Jan. (Havas.) An Stelle von Dapot ist Conty zum französischen Gesandten in Dänemark ernannt worden.

Um Kopf und Kragen.

Sofia, 15. Jan. In Jassy (Rumänien) spielen sich eintreffende Kämpfe gegen den König Ferdinand von Rumänien ab. Das Ministerium Bratianu hat zu wenig Rückhalt, um den König genügend stützen zu können.

Die Anerkennung Finnlands.

Wien, 15. Jan. Die hier eingetroffene finnische Abordnung erhielt den amtlichen Bescheid, daß Österreich-Ungarn die finnische Republik anerkennt.

Allgemeiner Ausstand in Spanien?

Bern, 15. Jan. Gerüchtwies verlautet, in ganz Spanien werde heute der allgemeine Ausstand erklärt.

Annektionen ohne Selbstbestimmung.

St. Basel, 15. Jan. Havas meldet, die Vereinigten Staaten hätten Holländisch-Guayana im Nordosten von Südamerika angekauft. (N.-O. oder Surinam hat eine Ausdehnung von 129 100 Quadratkilometer und etwa 100 000 Einwohner. Es erzeugt Zuckerrohr, Kaffee, Kakao, Baumwolle und lösbare Hölzer.)

18 Milliarden ausgeborgt.

St. Basel, 15. Jan. Die Gesamtdarlehen der Vereinigten Staaten an die Entente belaufen sich nach Havas auf 17 799 600 000 Mark.

Amerika kontrolliert.

Washington, 14. Jan. (Reuter.) Auf Grund der Ergebnisse der Kriegskonferenz in Paris hat das amerikanische Schiffsahrtsamt beschlossen, in London, Paris und Rom Vertretungen zu schaffen und in fast allen bedeutenden Atlantischen Häfen Zweigstellen zu errichten. Es soll damit nicht nur die Kontrolle über die amerikanische Handelsflotte wirksamer gemacht, sondern auch die selbständige Zusammenarbeit der alliierten Schifffahrt gebildet werden.

Die amtliche Erklärung.

Berlin, 15. Jan. Im Hauptauschuß des Reichs gab Unterstaatssekretär von dem Busche namens Reichsanzwiler die Erklärung ab, daß in den Verhandlungen an den Staatssekretär v. Kühlmann für die Verhandlungen in Brest-Litowsk keine Änderung eingetreten sei. Hiemit dürfte allen im Publikum und in der Presse umlaufenden Gerüchten der Boden entzogen sein. Darnach verbleibt es bei der Richtlinie des Friedensschlusses ohne Annexionen und Entschädigungen, sowie des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Vom Hauptauschuß.

Berlin, 15. Jan. In der heutigen Beratung des Hauptauschusses erklärte auf eine Anfrage des Abg. Czemberger General Friedrich: In der bewußt schlechten Behandlung der Gefangenen sehe Frankreich sogar hinter Russland zurück. Gegenmaßregeln waren notwendig. Mindestens 800 aus Elbaf-Bohrungen verschleppt werden in Frankreich widerrechtlich gefangen gehalten. Die Verhandlungen mit Engländern und Russen über die gegenseitigen Gefangenen haben gewöhnlich Erfolg gehabt, während die Franzosen bei den Verhandlungen in Bern stets Widerstand leisteten. Unmittelbare Verhandlungen mit den Deutschen an einem Tische lehnten sie überhaupt ab. Trotzdem konnte erreicht werden, daß wenigstens die 48-jährigen und älteren Jahrgänge ausgetauscht werden. Wir haben versucht, 20 000 Familienväter zur Internierung in der Schweiz gegen ebenso viele gefangene Franzosen anzutauschen. Frankreich ging nicht darauf ein. Darauf schlugen wir vor, 5000 Franzosen gegen 4000 Deutsche freizugeben. Frankreich verlangte für sich viel mehr. Wir haben 419 000 gefangene Franzosen und über 7000 Offiziere, mindestens doppelt so viel als die Franzosen von uns haben. Es ist kein Zweifel, daß die Sabotage französischer Gefangener von Frankreich amtlich gefördert wird. Die deutschen Gefangenen sind nur vom Sergeanten aufwärts von der Arbeit befreit. Dem Abg. Prinz von Schönau-Carolath erwidert General Friedrich, eine Denkschrift über die Zustände und über das, was geschehen ist, werde hergestellt. Unsere Forderungen seien nicht restlos erfüllt, aber wir werden nicht ruhen, bis dieses geschehen sei.

Der Bolschewiki-Gesandte von Japan abgelehnt.

Osaka, 16. Jan. Die „Osaka Zeitung“ meldet von der Schweizer Grenze: Ein junger Russe, der festlich in Japan studierte, traf in Tokio ein und teilte seine Ernennung zum russischen Votschafter mit. Die Japaner lehnten ab, einen maximalistischen Gesandten anzuerkennen. Der bisherige russische Votschafter weigerte sich, das Amtsgelände zu verlassen.

Nadan.

Frankfurt a. M., 16. Jan. Das stellv. Generalkommando gibt bekannt, daß künftig öffentliche Versammlungen verboten werden, wenn es noch einmal vorkomme, daß wie bei der gestrigen Versammlung der Vaterlandspartei, in der Pfarrer Traub sprach, auf der Straße Unruhen entständen. (Auch in Mannheim mußte eine Versammlung der Vaterlandspartei wegen Unruhe aufgelöst werden. D. Schr.)

Umbildung des Kabinetts Welerle.

Budapest, 16. Jan. Ungarisches Korv. Büro. Nach Wittermeldungen dürfte sich in nächster Zeit eine Umbildung des Kabinetts Welerle vollziehen und zwar in der Form, daß die gesamte Regierung ein Rudersteuergeschick überreicht und Welerle mit der Neubildung des Kabinetts betraut wird. Der Ministerpräsident dürfte am Donnerstag vor dem König in Audienz erscheinen und den Vorschlag unterbreiten.

Die Wirren in Russland.

Berlin, 16. Jan. Die „Nationalzeitung“ meldet von der russischen Grenze: Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung in den Ostprovinzen Lissland und Estland sind abgeschlossen. Sie haben eine überraschende Niederlage der deutschfeindlichen Elemente in diesem Teil des russischen Reichs gebracht.

Stockholm, 16. Jan. Nach einer Meldung der Agence Havas wurden der rumänische Gesandte Diamandi und das Personal der Gesandtschaft vorgestern Abend auf Befehl der Polizeibeamteten verhaftet und in der Peter-Pauls-Festung festgesetzt. Die Ursache ist unbekannt. Die Verhaftung hat große Erregung hervorgerufen. Das diplomatische Korps, auch die Neutralen, sei von dem amerikanischen Votschafter Francis zusammenberufen worden, um Einspruch zu erheben.

Kopenhagen, 16. Jan. Nach „National Tidende“ befindet sich Lenin derzeit in einer finnischen Seilant, wo ihm täglich durch Seuboten über die Lage in Petersburg berichtet wird.

Petersburg, 15. Jan. (Pet. Tel.-Ag.) Als Lenin gestern eine Abteilung der sozialistischen Roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte, und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Revolvergeschosse ohne Erfolg abgefeuert.

Stockholm, 17. Jan. Laut „Nietich“ soll es den Bolschewiki gelungen sein, Kerenski in der Wohnung eines sozialrevolutionären Stadtrats aufzuspielen. Seine Verhaftung soll bevorstehen.

Immer die alten Fehler.

Zu dem unter dieser Ueberschrift in Nr. 3 der „Schwäbischen Tageszeitung“ vom 4. Januar 1918 erschienenen Artikel schreibt uns die Fleischverorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern:

Die Schweine sollen nicht mit Gewaltmaßregeln und mit Hilfe eines amtlichen Drucks auf einen gewissen Tag ausgerottet werden, wohl aber muß ihre Zahl den vorhandenen zulässigen Futtermitteln angepaßt werden. Um dies zu erreichen, hat das Kriegsernährungsamt angeordnet, daß die nicht zur Hauschlachtung und zur Fortführung der Zucht geeigneten Schweine schleunigst abgenommen werden und daß für die bis 15. Januar 1918 abgenommenen Schweine gewisse Preiszuschläge bezahlt werden sollen. Der gegenwärtige Stand unserer Getreidevorräte bildet keine verbotene Verfüttung. Schweine können aber ohne Eiweißfutter nicht ernährt werden; anderes Eiwweißfutter als Getreide steht den meisten Landwirten nicht zur Verfügung. Es ist denn auch bekannt und wird von keiner Seite bestritten, daß die Landwirte vielfach bisher unter Uebertretung des Verfüttungsverbotss Getreide an Schweine verfüttert haben. Dem kann nur dadurch wirksam begegnet werden, daß durch mögliche Verminderung der Schweinebestände der Anlaß zur Getreideverfüttung entsprechend eingeschränkt wird. Gleichzeitig sind die Landwirte aufgefordert worden, auch die für Winter und Frühjahr in Aussicht genommenen Hauschlachtungen alsbald vorzunehmen und ist ihnen gerät worden, daß sie sich aus den Hauschlachtungen mit Fleisch bis 31. Dezember 1918 eindecken können. Es hat sich nun aber gezeigt, daß trotz dieser Aufforderung sehr große Mengen von Schweinen zur Hauschlachtung erst im Februar und März zurückgestellt werden wollten. Die Zulassung dieser Absicht hätte bedeutet, daß an diese Schweine in den nächsten Monaten noch sehr große Mengen von Getreide verfüttert worden wären. Um die hierin für die Sicherung unserer Volksernährung liegende Gefahr zu beseitigen, hat sich deshalb das Kriegsernährungsamt veranlaßt gesehen, anzuordnen, daß die Hauschlachtungen alsbald, spätestens bis 31. Januar 1918, vorgenommen werden müssen. Entsprechende Anordnungen für Württemberg werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Diese Anordnung sind keine Dummheit. Wohl aber wäre die Duldung oder Bestätigung von Verhältnissen, welche die unerlaubte Verwendung von Getreide zur notwendigen Folge haben, heute ein Verbrechen.

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen für die Sicherstellung unserer Volksernährung in den kommenden Monaten wird von der Fleischverorgungsstelle zusammen mit der K. Zentralstelle für die Landwirtschaft durch umfassende Aufklärungsarbeit bei unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung zu verbreiten gesucht. Daraus kann am besten erschen werden, daß die beteiligten Stellen keineswegs Zwang und amtlichen Druck in den Vordergrund ihrer Tätigkeit stellen, wohl aber geht es ohne bestimmte Erklärung dessen, was notwendig ist und geschehen muß, nicht ab.

Die Maßnahmen zur Verminderung der Schweinebestände sind getroffen worden vom Standpunkt unserer Getreidewirtschaft aus zur Sicherstellung der Brotverorgung des deutschen Volkes und des notwendigen Futters für die Jungtiere, namentlich die Heerespferde. Sie beruhen auf der Erkenntnis, daß Brot und Kartoffeln noch vor Fleisch und Fett sichergestellt werden müssen. Es ist deshalb völlig verfehlt und irreführend, wenn die „Schwäb. Tageszeitung“ diesen Anlaß benützt, den Fleischverorgungsstellen vorzuwerfen, sie begünstigten sich damit, Vieh und Fleisch zu verwalten ohne Rücksicht auf die gesamte Lage unserer Ernährungs- und Kriegswirtschaft.

Lokales.

Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe wurde von S. M. dem Kaiser der Gemahlin des Kgl. Hofkommissars Kreisra von Gemmingen verliehen, welche schon 2 Jahre im Fürsorgehaus in Vonn (Belgien) tätig ist. Wir gratulieren.

Die Verjährung der Strafverfolgung wegen Unterlassung der Abmeldung eines Versicherungspflichtigen beginnt nach neuester Entscheidung des Reichsverwaltungsamtes erst mit der Nachholung der Anmeldung.

Reichs-Teifenkarten. Nach dem „Verf. Kolonial.“ werden die neuen Teifenkarten, die für die Monate Februar-Juli 1918 Geltung haben, für das gesamte Gebiet des Deutschen Reichs Geltung haben.

Baden.

(*) Karlsruhe, 17. Jan. Die Zweite Kammer führte heute die allgemeine politische Aussprache zu Ende. Dabei wandte sich Abg. Benedek (F. Wp.) gegen die Ausführungen des Abg. Schöpfle (rechtsöf. Vereinigung). Es sei unwohl, daß der Minister sich gegen die von dem Abg. Schöpfle gegen den Bizelemyer von Payer vorgebrachten Beleidigungen gewandt habe. Der Redner verbreitete sich dann weiter über Militärverlegenheiten, wobei er bedauerte, daß der Kostengeist im Militär noch vielfach vorhanden sei. Die Freidenker werden immer noch von der Beförderung zu Offizieren ausgeschlossen. Er rügte dann die Benennung des Generalkommandos und wandte sich dann gegen die Vaterlandspartei und ihre Propaganda.

Staatsminister Frhr. Dr. v. Bodman sagte a. aus, er lehne die Verhältniswahl nicht unbedingt ab. Militärische Beschwerden habe er noch jederzeit mit Nachdruck im Interesse des Landes vertreten. Kultusminister Dr. v. Hälsch führte aus, er werde die Propaganda für die Vaterlandspartei in der Schule nicht zulassen. Abg. Wirth (Zentr.) beludete das Vertrauen seiner Partei zu dem neuen Staatsminister und führte aus, die Vaterlandspartei sei keineswegs so harmlos, wie sie vielfach dargestellt werde. Die wahre Vaterlandspartei sei am 4. August 1914 geboren worden. Vor uns liege nun die Zeit der Verhandlung. Abg. Strobel (Soz.) besprach die Vorgänge in der Mannheimer Versammlung der Vaterlandspartei und bedauerte die Flut von Verfügungen des Generalkommandos an die Presse. Abg. Koch (Ntl.) äbte gleichfalls Kritik an der Zensur, die in Baden strenger gehandhabt werde, als in Hessen und Württemberg. Nach einigen weiteren Ausführungen der hiesigen Redner wurde die allgemeine politische Aussprache geschlossen. Fortsetzung am Freitag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Vorschlag des Kultusministeriums.

(*) Karlsruhe, 17. Jan. Die Budgetkommission der Zweiten Kammer trat gestern nachmittag in die Beratung des Vorschlags des Ministeriums des Innern ein. Inerst erfolgte noch die Abstimmung über die Anfordernng von 600 000 M. für die Jahre 1918/19 zur Erhöhung der Zivilliste. Für die Erhöhung stimmten die Nationalliberalen und ein Teil des Zentrums, dagegen die Mitglieder der Fortschritt. Volkspartei und der Sozialdemokratie. Die Position wurde gegen die genannten Stimmen angenommen. Weiterhin kam die Ausprägung der Arbeiterkammer der Waffen- und Munitionsfabriken zur Sprache. Der Staatsminister teilte dazu mit, daß er Schritte unternommen habe, um eine Einigung zwischen der Fabrikation und der Arbeiterkammer herbeizuführen. Er habe zu diesem Zweck auch das Kriegsamt in Berlin angerufen und es bestehe Aussicht, daß in nächster Zeit eine Einigung erzielt wird. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde eine Reihe Einzelwünsche vorgelesen.

(*) Karlsruhe, 17. Jan. Die Schulkommission der Zweiten Kammer hielt gestern nachmittag eine Sitzung und beschloß für die Kontrolle sowohl, wie auch für die Vorschläge des Bad. Lehrervereins und die vom Unterrichtsministerium zu erwartenden Vorschläge über die Abänderung des Gesetzes über das Fortbildungsschulwesen nur einen Berichterstatter zu bestellen und zwar damit den Abg. Hochstet (nationallib.) zu betrauen.

(*) Karlsruhe, 17. Jan. Aus parlamentarischen Kreisen hören wir, daß die Ernennung des Präsidenten der Zweiten Kammer, die durch die Ernennung des Abg. Dr. Behner zum Oberlandesgerichtspräsidenten und durch sein Ausscheiden aus der Zweiten Kammer nötig wird, erst dann erfolgen wird, wenn Dr. Behner sein neues Amt antreten wird. Der Zeitpunkt seines Antretens steht aber noch nicht fest, jedoch die Präsidentenwahl nicht so rasch erfolgen dürfte.

(*) Mannheim, 17. Jan. Wegen übermäßiger Preisverhöhung wurde der Kaufmann Friedrich Selig aus Mannheim, welcher Tabak unter Umgehung des Höchstpreises verkauft hatte, von der Strafkammer zu 8000 Mark Geldstrafe verurteilt.

(*) Mannheim, 17. Jan. Zu Neorau geriet ein 7-jähriges Mädchen unter den Wagen der elektr. Straßbahn und wurde überfahren.

(*) Mosbach, 15. Jan. Die Strafkammer verurteilte den Feig Bach von hier wegen verschiedener, in vergangenen Herbst ausgeführten Diebstahl- und Diebstahl zu einer Zuchthausstrafe von 4 Jahren und 10 Jahren Ehrverlust. Sein Helfershelfer, Jakob Eßigwein von Sennfeld, erhielt 1 1/2 Jahre Zuchthaus, außerdem wurden ihm auf 3 Jahre die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt.

(*) Grünfeld b. Tauberbischofsheim, 15. Jan. Hier wurde Mühlenbesitzer Emil Konrad zum Bürgermeister gewählt.

(*) Jöhrenbach b. Willingen, 15. Jan. Das Haus des Stadtrechners Fehrenbach ist niedergebrannt. Die Bewohner konnten nahezu nichts retten.

Württemberg.

(*) Stuttgart, 16. Jan. (M. H. H. H.) Der Ausschuß des Württemberg. Müllervereins, der am Sonntag unter der Vorsitz des Herrn Hans-Kanzler hier tagte, beschloß, die Landesregierung bzw. das Ministerium des Innern einzuwirken zu lassen, in der gegenwärtigen des Preisdrückers mander Verhältnisse bestimmte Sätze für die Müllabfuhr und die sonst in Betracht kommenden Leistungen der Müllerei festgesetzt werden. Wegen der großen Einfuhrpreise von Deutscher Limone und die zu hoch von Getreide und Mehl

